

Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags
AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)
Mail: martin.boehm@afdbayern.de
Homepage: www.mdl-boehm.de

Pressemitteilung

26.09.2023

Martin Böhm: Entschiedener Widerstand gegen EU-„Reformvorschläge“!

Die deutsche Staatsministerin für Europa, Anna Lührmann, und ihre französische Kollegin Laurence Boone haben in Brüssel Vorschläge für eine Reform der EU vorgestellt. Erarbeitet wurden diese in deutsch-französischem Auftrag von einer Gruppe von Politikwissenschaftlern. Der Kern: Wichtige Beschlüsse sollen künftig nicht mehr einstimmig, sondern mit „qualifizierter Mehrheit“ getroffen werden können. Angebliche Verstöße gegen Grundlagen des Europäischen Rechts sollen härter und schneller sanktioniert werden können. Überdies soll die EU neben den Beiträgen der Mitgliedstaaten eigene Steuern erheben dürfen.

Der bundes- und europapolitische Sprecher der bayerischen AfD-Landtagsfraktion, Martin Böhm, äußert sich dazu wie folgt:

„Dieses Vorschlagspaket ist ein Frontalangriff auf die Rest-Souveränität der Mitgliedstaaten. Wer sich nicht einer Generallinie unterordnen will, soll künftig einfach überstimmt werden können. Es wird auch offen zugegeben, dass sich die ‚Reform‘ insbesondere gegen Ungarn und Polen richtet, die sich gegen eine verpflichtende Verteilung von Migranten in ihre Länder wehren. Mit dem gesamten Paket soll die EU angeblich mehr Handlungsfähigkeit im Hinblick auf anstehende Erweiterungen gewinnen. Ein Skandal ist die geplante, bisher aus gutem Grund in den EU-Verträgen nicht vorgesehene direkte Erhebung von Steuern durch Brüssel. Dieses Recht ist eines der wichtigsten Rechte im Bereich der nationalen Souveränität, und das muss auch so bleiben. Insgesamt geht es wieder mal um einen Schritt hin zu einem EU-Bundesstaat, den wir als AfD vehement ablehnen und mit aller Kraft und Entschlossenheit bekämpfen. Die EU muss nicht vertieft und erweitert werden, sondern auf den Kern einer reinen Wirtschaftsgemeinschaft zurückgebaut werden, als die sie einst gegründet wurde. Souveränität, und das ist unsere tiefe Überzeugung, gehört in nationale Hände, nicht in die des Brüsseler Molochs. Ich fordere die bayerische Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene gegen diese unsägliche ‚Reform‘ einzusetzen.“